

Resolution der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein anlässlich der außerordentlichen Sitzung am 7. November 2008

Düsseldorf, 7.11.2008. Die Mitglieder der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein fühlen sich durch das Bundesgesundheitsministerium (BMG) auf das Ärgste getäuscht. Das BMG, namentlich die Bundesgesundheitsministerin, hatte behauptet, dass der Beschluss zur Vergütungsreform „eine kräftige Erhöhung der Honorare“ für die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte zum 1.1.2009 darstelle. Das BMG weckt dadurch in der Öffentlichkeit eine Erwartungshaltung an die Verbesserung der Versorgung, die durch die tatsächliche Vergütungsentwicklung nicht gedeckt ist. Im Gegenteil. Im Rheinland ist eine Verschlechterung der Versorgung nicht auszuschließen.

Für das Rheinland wurde auf Bundesebene eine Erhöhung der Vergütung um 209 Millionen Euro, bezogen auf 2007 als Basisjahr, behauptet. Tatsächlich ergibt die Umsetzung des Beschlusses des Erweiterten Bewertungsausschusses auf Landesebene nur eine Erhöhung von 63 Millionen Euro. Das bedeutet, dass für die Regelversorgung weniger Geld zur Verfügung steht. Die versprochene Verbesserung vor allem der Regelversorgung wird damit ausbleiben.

Durch eine aktuelle Anordnung des BMG im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Genehmigungen der Beschlüsse des Bewertungsausschusses wird die Lage noch verschlechtert. Das BMG verlangt, die leistungsbezogenen Zuschläge z. B. für das ambulante Operieren aus der Morbiditätsorientierten Gesamtvergütung zu bezahlen und nicht durch zusätzliche Finanzmittel der Krankenkassen zu finanzieren. Damit verringert das BMG noch weiter die Mittel für die Regelversorgung.

Eine „gute Versorgung für die Versicherten“ und eine Verbesserung der „Servicequalität“, wie das BMG fordert, ist unter diesen Bedingungen eine Illusion.